

Dresdner Volkszeitung

Verlagsort: Dresden.
Verlag: K. W. Hentschel & Co., Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verlag: K. W. Hentschel & Co., Dresden.

Abonnementpreis einschließlich Bringselgeld monatlich 6,00 M., durch die Post
vierteljährlich 18,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich
8,50 M. Nr. 11 Nummer 80 Pf.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Bettendorferplatz 10. Tel. 25 261.
Sprechstunde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Bettendorferplatz 10. Tel. 25 261.
Verlagszeitung von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Ausgabenpreis: die Einzelhefte 2,00 M., Familienausgaben
1,50 M., die Spezialhefte 6,50 M. Bei mehrmaliger Ausgabe
ermäßigung. Kurzfristige sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur
Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefabfertigung 80 Pf.

Nr. 250

Dresden, Mittwoch den 27. Oktober 1920

31. Jahrg.

Sachsens neue Grundrechte

Weshalb ist in der Volkskammer die neue Verfassung für Sachsen endgültig verabschiedet und damit ein Werk beendet worden, das voraussichtlich für längere Zeit Sachsens Staatsverwaltung und politische Gestaltung bestimmen wird. Einleitend hat die Volkskammer in der Schlussabstimmung dem Verfassungsentwurf nach den Vorarbeiten des Sonderausschusses Geisteskraft verliehen. Daraus könnte man schließen, die neue Verfassung sei eine Kompromissarbeit und suche allen politischen Richtungen gerecht zu werden. Das ist jedoch keineswegs der Fall.

Die Verhandlungen haben vielmehr gezeigt, daß die Herren auf der Rechten mit der vom Ausschuss umgestalteten Verfassung höchst unzufrieden waren. Einer ihrer Redner brachte auch seine Abneigung gegen den „Geist von Weimar“, der aus der neuen Verfassung spricht, unüberhöht zum Ausdruck. Ein anderer Redner befandete ungewöhnlich, daß ihm die durch die neue Verfassung verankerte Souveränität der Volksvertretung erhebliches Unbehagen bereitet und er den Tag herbeisehnt, wo eine Erste Kammer der maßgebenden Stellung der Volksvertretung und damit dem Selbstbestimmungsrecht des Volkes selbst ein Ende bereitet. Verträge, Einträge für eine neue Privilegiertenkammer in der Verfassung zu veranlassen, sind ja auch gemacht worden. Abstriche solcher Art haben offenbar schon bei den Verhandlungen, einem Landtagsentscheid durch die Verfassung Teileinsicht zu geben, diese gestanden, noch mehr aber bei den Versuchen, einen Ministerrat neben der parlamentarischen Regierung und dem allmächtigen Landtag zu errichten.

Auch sonst zeigten verschiedene Widerstandsstränge, daß mehrere abwegige Vorschläge keine Mehrheit im Ausschuss gefunden hätten. Wenn sich dennoch auch die Parteien der Rechten wie auch die äußerste Linke einverstanden haben, einer Verfassung zuzustimmen, die die Demokratie, die Volkssouveränität, zur Grundlage unserer Staatsverwaltung macht, so war dafür in erster Linie eine Rücksichtnahme auf die Volkseinstimmung maßgebend. Die äußerste Linke hat sich damit in einen gewissen Gegensatz zu der sonst, wenigstens gelegentlich, von ihnen propagierten Minderheitsmeinung gestellt, und die Rechte zu ihren Absichten auf Wiedererrichtung der Monarchie. Doch mit solchen Personenkonstellationen sollen sich die betreffenden Parteien selbst abfinden. Sie sollen nicht abhalten, die Tatsache angemessen zu berücksichtigen, daß eine Verfassung von ausgereiftem demokratischem Charakter, die die politischen Ergebnisse der Revolution dauernd sichern soll, einstimmig von der Volksvertretung angenommen worden ist. Das wird den neuen sächsischen Grundrechten eine besondere Festigkeit verleihen.

Das ist umso bedeutungsvoller, weil die neue Verfassung die Volkssouveränität uneingeschränkt sichert, so bis zu äußersten Konsequenzen, wie kaum in einem anderen Lande. Sie geht mit ihrer demokratischen Konsequenz weit über die Bedingungen hinaus, die die Reichsverfassung für eine freistaatliche Verfassung der Länder festgelegt hat. Das sächsische Wahlrecht ist weder durch eine Einschränkung des Wahlrechtsalters noch durch die Vorsehrift einer Kastenwahldauer beeinträchtigt worden. Es ist im Gegenteil jeder Sachverhalt wohnende Person vom zwanzigsten Lebensjahre an sowohl wahlberechtigt als wählbar. Die Staatsgewalt geht nach der neuen Verfassung vom Volke aus und wird nach der Verfassung ausgeübt durch das Volk, den Landtag und die Behörden. Der allein maßgebende Wille des Volkes kommt zum Ausdruck durch Wahlen, Volksbegehren und Volksentscheid. Das Volk wirkt also nicht nur durch die völlig freie Wahl einer Volksvertretung bestimmend, es hat auch die Möglichkeit, durch das Referendum und die Volksinitiative direkt neue Gesetze zu fordern oder zu schaffen, beschlossene abzuändern oder eine Neuwahl des Landtags zu erzwingen und diesen aufzulösen.

Der Landtag, die Volksvertretung, ist das Fundament für die Regierung. Sie ist vorwiegend ein Vollzugsorgan des Landtags. Dieser ist souverän. Die Regierung kann ihn nicht auflösen, er hat das Recht, selbst zusammenzutreten. Er kann sich selbst auflösen oder durch Volksentscheid ein frühzeitiges Ende finden. Einen solchen kann auch die Regierung beantragen. Diese wird dadurch von der Volksvertretung eingeleitet, daß sie den Ministerpräsidenten wählt, der die übrigen Minister bestimmt. Voraussetzung für den Bestand jeder Regierung ist das Vertrauen der Volksvertretung. Jeder Minister, dem der Landtag durch Beschluß befundet, daß er sein Vertrauen nicht mehr bewahrt, muß zurücktreten.

Man beachte den Aufbau der neuen Grundrechte: Volk — Volksvertretung — Regierung, und man wird erkennen, daß in Sachsen die Volksmacht uneingeschränkt eingesetzt und damit auch eine wirkliche Volksregierung zum Vorschein wird. Freiheit wird damit für Sachsen nicht Neues geschaffen. Was aber letzter nur durch ein vorläufiges Grundgesetz gesichert war, das soll jetzt für die Dauer gelten. So muß als ein Erfolg der besonderen Art gebucht werden, daß zwei Jahre nach der Revolution noch alle Grundrechte, die sie unversehrt, nicht nur völlig uneingeschränkt, sondern noch erweitert in einer für längere Zeit geschlossenen Verfassung neu gesichert und gesichert worden sind. Das darf nicht unterschätzt werden. Die Volkssouveränität hängt aber auch die Verpflichtung einer intensiven Volkserziehung mit der Verantwortlichkeitsgefühl und Verständnis für die Staatsnotwendigkeiten müssen in einem Volke immer neu belebt werden, in einem Lande, das seinem Volke vor dem Weltrecht ein Selbstbestimmungsrecht gibt. Beginnen wir damit im Sinne unserer Bestrebungen bei den Wahlen, dann können wir im Geiste der neuen Verfassung wirksam tätig sein und zugleich zu ihrer Festigung beitragen.

An die Partei!

Der Parteitag von Kassel hat im Dienste des werktätigen Volkes sachliche Arbeit geleistet. Seine Verhandlungen waren ein Beweis für die ruhig wachsende Kraft unserer Partei, die allen Eilritten standgehalten hat und der nichts anzuhängen vermochte, weder die Verfolgung, die sie im kaiserlichen Deutschland erduldet, noch die Verwirrung und Vertrottung, der jetzt gewisse Bruchteile der Arbeiterbewegung anheimgefallen sind. Am Ende einer Periode beispielloser Erschütterungen steht unsere Partei starker und gefestigter da, als sie es jemals gewesen ist, sie mußert in ihrer Organisation eine und eine Viertel Million erprobter Kämpfer und Kämpferinnen. In einer Zeit, in der für so viele nur das Heute und das Ich gilt, opfern diese Männer und Frauen, ungeachtet der eigenen persönlichen Bedrängnis, für die Allgemeinheit und arbeiten sie für die Zukunft. Ihr fester Zusammenhalt bietet uns die Gewähr, daß weder die Sache des deutschen arbeitenden Volkes in der Welt noch die Sache des Sozialismus in Deutschland verloren ist.

Als Ausdruck dieser Kraft erschien der Parteitag von Kassel. Er hat für die auswärtige Politik der Partei, für ihre Wirtschaftspolitik, besonders auch für ihre Agrarpolitik, wichtige Richtlinien aufgestellt. Er hat für die Wohnungspolitik wertvolle Anregungen gegeben und eine Kommission zur Erneuerung unseres Parteiprogramms bestellt, die ihre Arbeiten bereits ausgenommen hat. In keinem Punkte hat er die Grundsätze des wissenschaftlichen Sozialismus aufgegeben, sondern es konnte sich für ihn nur darum handeln, sie schärfer herauszuarbeiten und alte Erkenntnisse mit den Erfahrungen der neuen Zeit in Einklang zu bringen.

Die Partei bleibt treu der Politik des Weltfriedens und der brüderlichen Zusammenarbeit des internationalen Proletariats. Sie bleibt treu der Erkenntnis, daß nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum, nur die Umwandlung der kapitalistischen Produktion in eine sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion dem arbeitenden Volke Befreiung aus den Fesseln der Not und der Menschheit eine neue Blüte der Kultur bringen kann. Sie bleibt nicht minder treu ihrer hohen Auffassung von dem Recht der Persönlichkeit, das niemals durch Unterdrückung der staatsbürgerlichen Freiheit und Gleichberechtigung eingesengt werden darf.

Die demokratische Republik vor allen reaktionären Ansprüchen zu schützen — mögen sie auch in schmerzhaften Revolutionärer Verteidigung auftreten — und auf ihrem Boden für den Sieg sozialistischer Grundsätze zu wirken, das ist die Aufgabe der

Sozialdemokratischen Partei. Wir rufen die Genossen im Lande auf, uns beifällig zu sein, um alle reaktionären Verschwörungen gegen die Republik aufzudecken

und im Reime unschädlich zu machen. Hest uns, das letzte reaktionäre Waffennest auszunehmen! Seid wachsam!

Wir wollen aber nicht nur Errungenes bewahren, sondern mit seiner Hilfe für unsere Ziele weiterkämpfen. Die Regierung hat einen Entwurf zur Sozialisierung des Kohlenbergbaues angekündigt, aber die Art ihrer Zusammenfassung rechtfertigt die stärksten Zweifel, ob es ihr mit ihrer Ankündigung ernst ist und ob sie die Kraft und den Willen finden wird, ihr Versprechen durchzuführen. Die Bergeschaffung der Bodenschätze liefert die Grundlage für den Aufbau einer künftigen sozialistischen Wirtschaft, darum ist der Kampf um die Sozialisierung des Bergbaues von entscheidender Bedeutung. In den sozialen Kämpfen der Gegenwart nimmt er eine ähnliche überragende Stellung ein wie einst der Wahlrechtskampf in den politischen Kämpfen der Vergangenheit.

Unsre Aufgabe wird es sein, durch den Ausdruck der öffentlichen Meinung den Widerstand der Grubenherren und des ganzen mit ihm verbundenen Privateigentums zu brechen. Das wird keine leichte Arbeit sein! Genossen, haltet euch bereit!

Ein harter Winter steht vor uns, dessen unvermeidliche Nöte durch die falsche Ernährungs- und Wirtschaftspolitik der Regierung noch verschärft werden. Er wird schwere Kämpfe bringen, aber unsere Partei wird auch sie siegreich bestehen, wenn unsere Genossinnen und Genossen im Lande mit derselben Hingabe, wie bisher, dahin wirken. Sie stark und groß zu machen, auf daß sie allen Feinden trotzen kann. Niemand ist verloren, der sich nicht selber aufgibt! Das arbeitende Volk Deutschlands kann und will sich nicht aufgeben, es kann aber auch seine Ziele nicht erreichen im Anschluß an Gruppen und Sekten, die sich immer wieder spalten und untereinander tödend bekämpfen. Darum schare es sich fest unter die alten Banner der Demokratie und des Sozialismus!

Vortwärts! Hoch die Sozialdemokratie!

Der Parteivorstand
Partei, Adolf Braun, A. Fischer, Frank, Heinrich, Wildenbrand, Marie Juchacz, Krüger, Wolfenbutter, Hermann Müller, Pfannkuch, Ritter, Elfriede Röhme, Heinrich Schulz, Stompfer, Stellung, Weiß.

Alle Postsendungen sind zu richten an Wilhelm Pfannkuch, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, Geldsendungen unter Postfachnummer 7918 an Fr. Partei, Berlin NW 7.

Die neue Baltikungefahr

Eigene Drahtmeldung

London, 26. Oktober. Times melden aus Warschau, daß in den letzten Tagen ein heftiger Kampf zwischen den polnischen Truppen und den Litauern stattfindet. Die ersten sind augenblicklich im Vorteil. Man fürchtet, daß Belschowski, von seinem Erfolge trunken gemacht, versuchen wird, gegen Rowno vorzurücken, um so mehr, als er dort seine Nahrungsmittelvorräte ergänzen könnte. Die Times behaupten sogar, daß in Rowno deutsche Gise gegen Belschowski eingetroffen sei!

Paris, 26. Oktober. Die französischen Blätter melden, daß die alliierte Kommission am 18. Oktober einen großen Transport von Soldaten und Munition, der von Ostpreußen nach Litauen transportiert wurde, angehalten und die Soldaten nach Deutschland zurückgeführt habe.

Durch eine Warnung vor Uebertretungen nach Litauen hat die deutsche Regierung gezeigt, daß ihr die neue Baltikungefahr aufgegangen ist. Litauen ist in Verneinung über den d'Annunzio-Streich des polnischen Generals Belschowski, hinter dem alles steht, was heute in Polen Macht und Einfluß hat. Es ist möglich, daß ein litauischer Volkskrieg gegen die Polen entbrennt; sie haben trotz Völkerbund und Passenstillstand Gebote bezeugt, die Litauen zurückzuführen. Ob deutsche Freibeuter etwa wiederum durch Versprechungen nach Litauen gelockt werden, ist unbestimmt; es kann sie auch der bloße Wunsch vorweggenommen und verführerisches Kriegsgerätschaft der Reichsregierung zu entziehen, gelockt haben. Vielleicht bietet Litauen auch nicht mehr viel Gewinn für die neue Stapp-Arbeit; höchstens man auch die Gelegenheit zum Requirieren lassen.

Die Teilnahme deutscher Freibeuter an Kämpfen in Litauen würde natürlich das deutsche Volk schwer zu büßen haben. Man erwartet, daß die alliierte Kommission im nächsten Tag erklären, sie werde es nicht wieder so weit kommen lassen und das Mittel der Überwachung der Staatsangehörigkeit diesmal zur Vorbeugung ernstlich anwenden!

Ein gefährlicher Aufruf

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 27. Oktober. Die Kommunisten veröffentlichten in der roten Fahne einen Aufruf an die Bergleute, Eisenbahner und Transportarbeiter, in dem sie die Barocke ausgeben, mit den englischen Bergarbeitern Solidarität zu üben und keine indirekte Streikarbeit zu leisten, vielmehr sollen die Eisenbahner, Transportarbeiter und Binnenarbeiter darauf achten, daß die deutsche Röhle nicht über Frankreich nach England befristet werde. Die Eisenbahner sollen sofort die strengste Kontrolle der Kohlenlieferungen übernehmen.

Wie wir hören, nimmt die Großorganisation der Eisenbahner heute im Reichsverbandesministerium zu diesem Aufruf Stellung, der sehr leicht zu falschen Konklusionen mit der Entente führen könnte, wenn die vorkommlichen Kohlenlieferungen behindert werden. Die Großorganisation der Eisenbahner wird voraussichtlich an alle Mitglieder eine Warnung ergehen lassen, sich durch diesen Aufruf der R. P. D. nicht zu irgendwelchen Unbesonnenheiten hinziehen zu lassen.

Die uneinigen Alliierten

Eigene Drahtmeldung

Paris, 27. Oktober. Das englische Entgegenkommen in der Behandlung der Frage des deutschen Eigentums in England läßt den Gegensatz zwischen London und Paris von neuem zutage treten. Nach dem Echo de Paris hat die französische Regierung die Absicht, dagegen bei dem englischen Minister des Aeußeren zu protestieren und die Vorkonferenz mit der Frage zu beschließen, ob der Vertrag von Trianon nicht auch als Vertrag unter den Alliierten und nicht nur als ein Vertrag der einzelnen Alliierten mit Deutschland anzusehen sei. (Vergl. Seite 2.)

Washington, 27. Oktober. Der Washingtoner Verkehrsminister hat die amerikanische Regierung am Montag die deutschen Röhle an Frankreich zurückzugeben. Der Aufruf wurde von den englischen Behörden nicht alsbald beantwortet. Die amerikanische Regierung will abbrechen, wenn in diesem Punkte keine Einigung erzielt wird.